

Grossratsfraktion FDP.Die Liberalen Kanton Bern
Adrian Haas, Fraktionspräsident

Sessionsbericht der Septembersession 2015

Der Grosse Rat befasste sich in der Septembersession 2015 unter anderem mit den nachstehend dargestellten Themen. Ausnahmsweise war die Traktandenliste dermassen gefüllt, dass auch die zweite Sessionswoche teilweise genutzt werden musste. Dies in Anbetracht der bevorstehenden Nationalratswahlen, welche eine ansehnliche Flut von Vorstössen ausgelöst haben. Auch die FDP hat sich bemüht, rechtzeitig ein paar Anliegen zu deponieren ☺.

Das Asylwesen im Kanton Bern – Berichterstattung über die Umsetzung der acht OAK-Empfehlungen

Im Vorfeld der Regierungsratswahlen 2014 (Märzsession 2014) nahm der Grosse Rat einen Bericht der damaligen Oberaufsichtskommission (OAK; neu GPK) zur Kenntnis, der auf verschiedene Mängel im bernischen Asylwesen hinwies. Zugleich verlangte der Grosse Rat, dass die Empfehlungen des Berichts von der Polizei- und Militärdirektion (POM) innerhalb eines Jahres umgesetzt werden müssen und verpflichtete die Geschäftsprüfungskommission (GPK), dem Grossen Rat zu gegebener Zeit einen Ergänzungsbericht vorzulegen. Da damals die Regierungsratswahlen vor der Tür standen, nahmen vor allem linke Grossräte die Gelegenheit wahr, unseren Regierungsrat, Hans-Jürg Käser, unter Beschuss zu nehmen.

Gestützt auf diesen Auftrag liess sich die GPK in der Folge von der POM regelmässig schriftlich und mündlich über den Stand der Umsetzung der Massnahmen informieren, wertete Berichte der Finanzkontrolle aus und holte Stellungnahmen bei den Vertragspartnern ein, die im Auftrag des Kantons die Asylsozialhilfe ausrichten. Im heutigen Bericht an den Grossen Rat, stellte die GPK recht sachlich fest, dass die Empfehlungen zur Verbesserung der Strukturen und Abläufe sowie der Zusammenarbeit im Asylbereich umgesetzt oder weitgehend umgesetzt sind. Der Grosse Rat nahm den Ergänzungsbericht unaufgeregt zur Kenntnis. Ein „Abkochen“ unseres Polizeidirektors war nach den Wahlen offensichtlich nicht mehr interessant.

Kredite für die Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender

Auch künftig werden im Kanton Bern unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA) in speziellen Unterkünften betreut. Der Grosse Rat bewilligte den von der Regierung dafür beantragten Kredit von jährlich 6,9 Mio. Franken für 2017 bis 2019. Die Ratsmehrheit folgte dem Antrag der vorberatenden Kommission und sprach die Mittel nur für drei statt wie von der Regierung gefordert für fünf Jahre. Dies, weil 2019 die neue Asylgesetzgebung des Bundes in Kraft tritt. Nicht einverstanden mit dem Kredit war die SVP-Fraktion. Sie verlangte erfolglos, dass bereits Jugendliche ab 17 Jahren in Unterkünften für Erwachsene untergebracht werden.

Neue Zukunft für das Zieglerspital als Asylunterkunft

Der Grosse Rat inkl. FDP befürwortet eine Zwischennutzung des Zieglerspitals als Asylzentrum. Mit 114 zu 26 Stimmen überwies er eine entsprechende Motion. Der Regierungsrat soll sich demnach bei den zuständigen Stellen der Gemeinde Bern und der Spital Netz Bern AG für das Anliegen einsetzen. Eine Sitzung mit den Gemeinden Bern und Köniz sowie dem Staatssekretariat für Migration hat bereits stattgefunden.

Bewilligungspflicht für private Sicherheitsunternehmen

Künftig sollen im Kanton Bern private Sicherheitsunternehmen und Personen, die in dieser Branche tätig sind, eine Bewilligung benötigen. Dies hat der Grosse Rat mittels Überweisung einer Motion von Andrea Zryd (SP, Magglingen) mit 78 zu 68 Stimmen bei einer Enthaltung beschlossen. Auch die Befugnisse und Mittel der Sicherheitsunternehmen sollen gesetzlich geregelt werden. Heute existieren keine Regelungen. Die Ratsmehrheit folgte mit ihrem Entscheid auch dem Antrag der Regierung. Diese will aber kein eigenes Gesetz für die Umsetzung

ausarbeiten. Vielmehr sollen die Forderungen aus der Motion in die laufende Revision des Polizeigesetzes einfließen. Voraussichtlich wird sich der Grosse Rat im Herbst 2017 damit befassen.

Die FDP befürwortete grundsätzlich das Anliegen, hätte es allerdings lieber gesehen (Binnenmarkt), wenn der Kanton Bern einem bereits bestehenden Konkordat beigetreten wäre, anstatt wieder einmal eigene Regeln zu schaffen. Deshalb sprach sich die FDP für ein Postulat aus.

Motion gegen Motorboote auf der Aare

Der Grosse Rat will keine Ausweitung des Verbots von Motorbooten auf der Aare. Eine solche forderte Meret Schindler (SP, Bern) für den Abschnitt Schwellenmätteli bis Stauwehr Engehalde in einer Motion. Zwischen Thun und dem Schwellenmätteli sind Motorboote schon heute verboten. Schindler begründete die Forderung mit der zunehmenden Gefährdung von Schwimmern durch Motorboote. FDP, BDP, SVP, EVP, und GLP lehnten ein Verbot unter Hinweis auf die Eigenverantwortung ab. Die unnötige Motion wurde mit 92 zu 28 Stimmen bei 5 Enthaltungen versenkt.

Änderung des Staatsbeitragsgesetzes; 2. Lesung

Hauptstreitpunkt im Rahmen der 2. Lesung war ein neuer Artikel über die Lohngleichheit. Alle 1200 Betriebe, die Leistungen für den Kanton erbringen und dafür jährlich rund 4,6 Milliarden Franken erhalten, müssen künftig ein Selbstdeklarationsblatt einreichen. Die Staatskanzlei prüft anschliessend die Angaben zur Lohngleichheit stichprobenmässig. Sind diese nicht wahrheitsgetreu ausgefüllt worden, kann sie Massnahmen verhängen, das heisst, die Beiträge kürzen oder zurückfordern. Dies hat der Grosse Rat dank der BDP und den Mitte-links-Parteien beschlossen. SVP, FDP und EDU erachteten den Artikel als überflüssig, weil die Lohngleichheit bereits in der Verfassung genügend verankert sei und die Bürokratie erneut vergrössert würde. Immerhin hat der Rat noch einem FDP-Antrag meinerseits zugestimmt, wonach die Finanzdirektion den Grossen Rat in spätestens zwei Jahren über den Vollzug des neuen Lohngleichheitsartikels und dem damit verbundenen administrativen Aufwand informieren muss. Damit besteht notfalls die Möglichkeit, korrigierend einzugreifen. In der Schlussabstimmung wurde das Gesetz mit 147 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung verabschiedet.

Änderung des Steuergesetzes; 2. Lesung

In der 2. Lesung gaben im Wesentlichen noch 3 Fragen zu diskutieren.

1. Soll der in der Junisession beschlossene Steuerabzug für die externe Kinderbetreuung (Erhöhung von 3'100 auf 8'000 Franken) auch in der zweiten Lesung bestätigt werden?
2. Wie hoch soll der Pendlerabzug ausfallen?
3. Soll ein erster Schritt einer Gewinnsteuersenkung für juristische Personen beschlossen werden?

8'000 Franken für externe Kinderbetreuung

Die FDP stimmte hier ausnahmsweise mit der Ratslinken, weil es um die Setzung von Anreizen für Erwerbstätigkeit (vorab) von Frauen ging. Die Abzugsmöglichkeiten für die nachgewiesenen Kosten für die Fremdbetreuung des Kindes werden daher massiv erhöht werden – und zwar von heute 3'100 auf 8'000 Franken für jedes Kind, das das 14. Altersjahr noch nicht vollendet hat.

6'700 Franken fürs Pendeln

Wie schon in der ersten Lesung setzte sich der Grosse Rat für einen limitierten Pendlerabzug ein. Ab dem Steuerjahr 2016 können Fahrkosten nur noch bis zu einem Maximalbetrag von 6'700 Franken geltend gemacht werden. Das ist weniger als im geltenden Recht möglich ist, weil dort keine maximale Limite definiert ist. Aber es ist mehr als die vom Regierungsrat vorgeschlagenen 3'000 Franken. Tatsache ist, dass damit für ca. 40'000 Steuerpflichtige eine kalte Steuererhöhung von gut 20 Mio. Franken erfolgt.

Keine Senkung der Unternehmensgewinnsteuern (Abgelehnter Antrag FDP)

Die FDP stellte nochmals den Antrag, per 2017 (also im Unterschied zum Antrag in der ersten Lesung um ein Jahr später) die Gewinnsteuern für Firmen leicht zu senken (Senkung der heutigen dritten Tarifstufe von 4.60% auf 4.10%). Dies um zu verhindern, dass der Kanton Bern im interkantonalen Vergleich erneut absackt bzw. sich per 2017 auf Rang 17 platzieren könnte gegenüber einem Rang 23 bei Untätigkeit (vgl. nachstehende Tabelle).

Maximalsatz Dreistufen- Tarif	Rang 2017 (Gewinn = 0.8 Mio. / Kapital = 2 Mio.)	Minder- einnahmen Kanton (in Mio. CHF)	Minder- einnahmen Gemeinden (in Mio. CHF)	Anzahl Fälle mit Steuer- reduktionen	Anzahl Fälle mit Steuer- erhöhungen
4.60%	23	---	---	---	---
4.50%	22	9.1	4.5	5'000	0
4.40%	20	18.1	8.9	5'000	0
4.30%	19	27.2	13.4	5'000	0
4.20%	18	36.2	17.8	5'000	0
4.10%	17	45.2	22.3	5'000	0
4.00%	17	54.3	26.7	5'000	0
3.90%	17	63.4	31.2	5'000	0
3.80%	17	72.4	35.7	5'000	0
3.70%	17	81.5	40.1	5'000	0
3.60%	17	90.5	44.6	5'000	0
3.50%	17	99.6	49.1	5'000	0
3.40%	17	108.6	53.5	5'000	0
3.30%	17	117.7	58.0	5'000	0
3.20%	17	126.7	62.4	5'000	0
3.10%	17	135.8	66.9	5'000	0

Leider wurde der Antrag abgelehnt, da sich die BDP aus Rücksicht auf ihre Finanzdirektorin den Linken anschloss. Unverständlich ist diese Haltung schon deshalb, weil die gleiche Finanzdirektion mit der soeben präsentierten Steuerstrategie vorschlägt, die Gewinnsteuern schrittweise zu senken (sic!).

In der Schlussabstimmung passierte das Gesetz trotzdem (inkl. FDP) mit grossem Mehr.

Motion Haas etc. betr. Stellensteuerung in der Kantonsverwaltung

Der Regierungsrat muss künftig dem Grossen Rat jährlich einen Stellenplan vorlegen, welcher im Sinne einer Übersicht alle unbefristeten Stellen in den Direktionen und der Staatskanzlei enthält. Mit 110 zu 36 Stimmen hat der Rat eine von der FDP initiierte Motion der bürgerlichen Fraktionspräsidenten klar überwiesen. Dadurch erhält der Grosse Rat die Möglichkeit, mehr Einblick in die Verwaltung zu gewinnen und via Produktgruppenbudgets auch steuernd einzugreifen. Nicht überwiesen wurde leider eine zweite Forderung der Motion, die Höchstzahl der unbefristeten Stellen dem Rat jährlich zur Genehmigung zu unterbreiten. Obwohl die Fraktionspräsidenten von BDP und GLP Mitmotionäre waren, unterstützten sie dieses Vorhaben nicht (mehr).

Initiative und Gegenvorschlag betr. Fracking-Verbot

Im Kanton Bern werden (im Gegensatz zum Kanton Zürich) Dinge auf Vorrat verboten, nur weil eine Partei (die Grünen) unnötigerweise zwecks Profilierung eine entsprechende Verfassungsinitiative eingereicht hatte. Ein explizites Verbot wäre nämlich gar nicht nötig, weil das geltende Umweltrecht für solche Vorhaben, sollten sie doch einmal Realität werden, genügend Schranken setzt.

Nun sah sich der Grosse Rat, um eine sinnlose (obligatorische) Volksabstimmung über die Initiative zu verhindern, quasi gezwungen, einen indirekten Gegenvorschlag mit demselben Text auf Gesetzesstufe (nur fakultatives Referendum) zu verabschieden, damit die Initianten ihre Initiative zurückziehen konnten (was sie mittlerweile getan haben) und das Volk nicht für Phantomfragen bemüht wird.

Die FDP stimmte dem Technologieverbot auf Gesetzesstufe mit der grossen Mehrheit des Rates aus diesem Grund zu.

Rahmenkredit zur Abgeltung weiterer Beiträge nach Spitalversorgungsgesetz

Der Grosse Rat hat alle vier Jahre einen Rahmenkredit für „weitere Beiträge“ an die somatischen Spitäler und psychiatrischen Kliniken zu bewilligen. So sieht es das kantonale Spitalversorgungsgesetz vor. Mit diesem Rahmenkredit können Leistungen abgegolten werden, die nicht in der Pauschale für die Abgeltung der

Akutversorgung enthalten sein dürfen. Dies können unter anderem Beiträge an Modellversuche, medizinische Innovationen, an ambulante Spitalversorgungsleistungen, an Leistungen der integrierten Versorgung, an Vorhalteleistungen oder an die ärztliche und pharmazeutische Weiterbildung sein. Der Regierungsrat beantragte dem Grossen Rat einen Rahmenkredit für die Jahre von 2016 bis 2019 von insgesamt 300,2 Millionen Franken. Die Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK) unterstützte diesen Antrag ebenso wie nun der Grosse Rat.

Motion Kohler (FDP) für eine leistungsorientierte Schulbildung

Die FDP-Motion verlangte, „dass wieder ein verstärkt leistungsorientierter Schulunterricht an den kantonalbernerischen Volksschulen etabliert wird“. Dies deshalb, weil gemäss Motionär heute die Schulen die Integration zu stark in den Mittelpunkt stellen. Der Regierungsrat war demgegenüber der Auffassung, dass leistungsstarke Schülerinnen und Schüler im bernischen System durchaus gefördert würden. Mit 81 zu 67 Stimmen stellte sich der Rat hinter die Forderung der FDP. Die Wirkung der Motion dürfte sich allerdings in Grenzen halten, da der umstrittene Punkt des Vorstosses gleichzeitig abgeschlossen wurde.

Motion Haas (FDP) betreffend Anerkennung der Unteren Altstadt von Bern als Tourismusgebiet

In der touristisch geprägten Berner Unteren Altstadt sollen die Läden künftig länger geöffnet bleiben. Mit 74 zu 65 Stimmen bei 7 Enthaltungen überwies der Grosse Rat einen entsprechenden FDP-Vorstoss. Unterstützende fanden sich bei SVP, BDP und GLP. Der Regierungsrat muss dem Parlament nun eine Gesetzesänderung vorlegen. Zu beachten ist, dass die Motion dem Gesetzgeber Varianten offen lässt (was natürlich in den Medien nicht dargestellt werden konnte): Die Motion verlangt nämlich nicht à tout prix eine Gleichstellung mit der Regelung betreffend Grindelwald, Interlaken etc. (die da hiesse, jeden Tag – natürlich fakultativ - bis 22:30 Uhr offen zu halten). Sie lässt es auch zu, für die Berner Innenstadt eine Sonderregelung zu treffen. So wäre es zum Beispiel möglich, an den Wochentagen die allgemein geltende Regelung (bis 20:00 Uhr) weiterzuführen, für den Sonntag aber eine Abweichung zu beschliessen. Auch wäre denkbar, den Kreis der Läden genauer zu umschreiben. Das Hauptanliegen der FDP war nämlich, dass die vielen Touristen am Sonntag nicht vor verschlossenen Türen der (Souvenir-)Läden stehen.

Bericht des Regierungsrates zum Verhältnis von Kirche und Staat

Mittels eines Berichtes zum Verhältnis von Kirche und Staat wurde der Grosse Rat quasi befragt, wie er eine künftige Revision des Kirchengesetzes angehen wolle. Ergebnis: Der Grosse Rat inkl. FDP will das enge Verhältnis zwischen Kirche und Staat etwas lockern, indem die (traditionellen) Kirchen im Rahmen von Leistungsvereinbarungen finanzielle Mittel erhalten und die Pfarrer nun selber anstellen. Freikirchen und andere Religionsgemeinschaften werden mindestens vorläufig nicht staatlich anerkannt. Würden solche Fragen auch noch in die Revision des Kirchengesetzes gepackt, wäre das Fuder nach Auffassung der Ratsmehrheit überladen.

Die heutige bernische Regelung ist ein schweizweites Unikum und geht aufs Jahr 1804 zurück. Der Staat Bern zog damals Kirchengüter ein und verpflichtete sich im Gegenzug, die Geistlichen zu besolden. Wollte man Kirche und Staat konsequent trennen, müsste der Kanton den Kirchen wohl Milliarden für die Kirchengüter zahlen. Dieses heisse Eisen will heute niemand anpacken.

Das Parlament gab der Regierung in Form von Planungserklärungen seine Vorstellungen mit auf den Weg. Den Bericht nahm der Grosse Rat deutlich mit 125 zu 8 Stimmen bei 8 Enthaltungen zur Kenntnis.

Hans-Ruedi Saxer als neues Fraktionsmitglied



Anstelle von Eva Desarzens ist Hans-Rudolf Saxer, Muri, in den Rat eingetreten. Hans-Ruedi kennt die kantonalen Strukturen und das bernische Politsystem bestens. Von 1982 bis 1995 arbeitete er bei der Finanzdirektion des Kantons Bern, ab 1991 als deren Generalsekretär. Bevor er 2004 das hauptamtliche Gemeindepräsidium von Muri übernahm, war er als Anwalt mit eigener Kanzlei tätig. Seit seinem Rücktritt als Gemeindepräsident per Ende 2012 arbeitet der 61-jährige Fürsprecher als Berater von verschiedenen öffentlichen Institutionen. Hans-Rudolf Saxer ist verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Töchtern.

Die Fraktion freut sich über den kompetenten „Nachrutscher“. Hans-Ruedi wurde soeben als **Ersatzmitglied in die Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK)** sowie als **Ersatzmitglied in die Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK)** gewählt.

Stefan Costa als neues Voll-Mitglied der SAK



Stefan Costa wurde anstelle von Eva Desarzens als Voll-Mitglied der **Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK)** gewählt. Er bleibt gleichzeitig Ersatzmitglied in der Sicherheitskommission (SIK).

Die FDP-Vertretung in den Kommission präsentiert sich neu wie folgt:

Vorname/Name	SAK		Aufsichtskommissionen			Sachbereichskommissionen							
	Ordentl.	Ersatz	GPK	FIKO	JUKO	BaK		BIK		GSoK		SIK	
						Ordentl.	Ersatz	Ordentl.	Ersatz	Ordentl.	Ersatz	Ordentl.	Ersatz
Sitzanspruch FDP	2	2	1	2	2	2	2	2	2	2	2	1	1
Stefan Costa	X												X
Peter Flück			X				X						
Beat Giaouque					X								
Pierre-Yves Grivel	X												
Adrian Haas				X									
Hubert Klopfenstein					X							XX	
Hanspeter Kohler										X			
Peter Moser						X							
Philippe Müller												X	
Hans-Jörg Pfister				X			X						
Carlos Reinhard													
Hans-Rudolf Saxer		X									X		
C. Schmidhauser								X					
Peter Sommer						X			X				
Hans Rudolf Vogt								X			X		
Dave von Kaenel		X							X				
Katrin Zumstein										X (P)			

